ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wirtschaftliche Aspekte des Bundestages

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1949) : Wirtschaftliche Aspekte des Bundestages, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 4, pp. 3-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/130912

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ZEITGESPRÄCH

Wirtschaftliche Aspekte des Bundestages

Die hohe Wahlbeteiligung wurde allgemein als Bereitschaft der Bevölkerung Westdeutschlands zur Übernahme politischer Verantwortung gewertet. Also wurde den Parteiführern ein politischer Auftrag erteilt, der sie in hohem Maße verpflichtet. Die Mehrheit der Wähler hat dem marxistischen Kurs eine Absage erteilt.

Dr. Adenauer legte bei seinen Besprechungen den Ton auf soziale Marktwirtschaft. Diese Erklärung läßt genügend Raum zu Spekulationen. Es kann aber wohl vorweggenommen werden, daß Prof. Erhard auch unter Beibehaltung des bisherigen Kurses Maßnahmen durchführen wird, die stärker als bisher die Soziallage berücksichtigen werden, was gewisse Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht ausschließt. Die Grenzziehung zur Planwirtschaft hin ist wohl mehr dialektisch als tatsächlich.

Die einzuschlagende Kreditpolitik muß die Untermauerung dieser Wirtschaftspolitik bilden, d. h., die Kreditgewährung muß auf breiterer Grundlage und rechtzeitig einsetzen, damit sie die ihr zukommende Funktion ausüben kann. Durch die Zuordnung des Geld- und Kreditwesens unter das Wirtschaftsministerium dürfte die Kreditwürdigkeit bei der Vergebung von Krediten mehr im Vordergrund stehen und dürften volkswirtschaftliche Belange besser berücksichtigt werden.

Eng verknüpft mit dieser Frage ist das Flüchtlingsproblem. Bisher wurden von keiner Seite konstruktive Vorschläge gemacht. Die künftige Bundesregierung wird sich die Frage stellen müssen, ob das Flüchtlingsproblem nicht aufgehört hat, ein solches zu sein und eine Aufgabe der inneren Kolonisation geworden ist, die nicht mehr eine separate Behandlung, sondern eine Erledigung im Gesamtrahmen der deutschen Bevölkerungspolitik erfordert.

In der Außenwirtschaft muß dem deutschen Kaufmann mehr Handlungsfreiheit eingeräumt werden. Er muß aus den JEIA-Fesseln heraus und wieder Verhandlungspartner auf den Weltmärkten werden. Die Einsetzung von amtlichen Handelsvertretern im Auslande bedeutet den ersten Schritt zur Herstellung eines engeren Kontaktes mit den Märkten. Eine Änderung der Dollar-Klausel würde den Anfang zu einer deutschen Außenwirtschaft bedeuten. (Kr.)

Der großen Koalition fehlt heute die Grundlage

Der gegenwärtige soziale Charakter der bürgerlichen Massenparteien bietet kaum eine Grundlage für eine Zusammenarbeit mit der SPD.

Der konstruktive Kern der sozialdemokratischen Kritik liegt in der Feststellung, daß die Erhardsche Marktfreiheit nicht für die Grundstoffindustrien gilt. Für Kohle, Stahl, Kunstdünger gelten weiter Zwangspreise, ihre Produzenten haben einstweilen keine Profitmöglichkeit, und während Investitionen in diesen Industrien nach sozialdemokratischer Auffassung am dringlichsten sind, um die westdeutsche Industrie als Ganzes wieder lebensfähig und zu einem funktionierenden Glied der europäischen Wirtschaft zu machen, werfen die Sozialdemokraten dem Professor Erhard vor, daß durch seine Politik das Kapital in die konsumnäheren Wirtschaftszweige mit vorwiegendem Mittel- und Kleinbetrieb geleitet werde, wo Sachwerthortung und Steuerhinterziehung leichter ist. Nach dieser Auffassung dürfte eine echte Koalitionsmöglichkeit erst entstehen, wenn die westdeutschen Großunternehmungen wieder finanziell beweglich werden und ihren politischen Einfluß auf die bürgerlichen Massenparteien zurückgewinnen. Die Wirtschaftsplanung und das Mindestmaß finanzpolitischer Zentralisierung, wofür die SPD so unbedingt kämpft, sind für die industriellen Großunternehmungen ein Lebensinteresse. Daher arbeiten in den USA freie Unternehmer wie Hoffmann und der Eisenbahnkönig Harriman mit den Gewerkschaften gemeinsam an einer solchen Politik und versuchen, sie auch nach Europa zu verpflanzen. Nur diese Politik sichert nach geltender amerikanischer Überzeugung für die Großunternehmungen diejenige Absatzstetigkeit, ohne die sie nicht mehr bestehen können. Aber indem sie diese Absatzstetigkeit sichert, ermöglicht sie fortschrittliche Ausdehnung und Verbesserung von Produktion, Versorgung, Reallohn und sozialen Verhältnissen. Die hinter Erhard stehenden Interessenkreise kommen ihrer wirtschaftlichen Struktur und ihren Interessen nach für eine derartige Politik nicht in Frage (e)

Sozialer Ausgleich gesichert

Selbst wenn der Forderung der SPD, den Wirtschaftsminister zu stellen, im Interesse der „Großen Koalition" entsprochen worden wäre, so hätte man kaum erwarten dürfen, daß sich der einmal eingeschlagene Kurs unserer Wirtschaftspolitik ändern würde. Es

wäre nicht nur aus psychologischen Gründen unmöglich, die Entwicklung wieder in eine Zwangswirtschaft zurückzudrehen. Infolgedessen hat auch bereits Professor Nölting erklärt, daß seine Partei nicht daran denke, die Zwangsbewirtschaftung wieder einzuführen. In der praktischen Politik, insbesondere wenn sie nicht mehr durch die Rücksicht auf einen bevorstehenden Wahlkampf beeinflußt ist, spielen Parteidogmen eine geringe Rolle. In unserer Lage werden zudem Rücksichten auf den Geldgeber jenseits des Atlantik, der offenkundig Sozialisierungstendenzen abhold ist, eine größere Rolle spielen als Verbindungen zur Labour Party, die überdies bald den Konservativen weichen wird. Entscheidend ist aber, daß die sogenannte soziale Marktwirtschaft sich mit ihren offensichtlichen Erfolgen Vertrauen errungen hat. Der Wahlausgang ist nicht zuletzt auch dadurch bestimmt. Andererseits ist die Stellung der CDU/CSU mit der FDP im neuen Bundestag so stark, daß auch bei einer großen Koalition der Kurs der Wirtschaftspolitik nur um Grade hätte geändert werden können. Die überraschend erstarkte DP fügt sich zweifellos wirtschaftspolitisch der Front CDU/FDP ein.

Die selbst in der Opposition nicht zu negierende SPD, aber ebenso die bedeutsame Anzahl der Abgeordneten der CDU/CSU, die aus den früheren christlichen Gewerkschaften stammt und in einer Reihe sozial ausgerichteter Abgeordneter in der FDP Unterstützung findet, garantiert den sozialen Ausgleich, insbesondere auch die Fürsorge für die Flüchtlinge und die Förderung des sozialen Wohnungsbaues. Das ist aber auch eine Frage der Kreditpolitik. Nach allen Erklärungen der Parteien ist anzunehmen, daß die aus Angst vor der Inflation verhängte Kreditsperre mutiger als bisher gelockert wird.

Die große Mehrheit der nichtmarxistischen Parteien ist andererseits die sichere Gewähr dafür, daß sich nicht dogmatische Sozialisierungspläne durchsetzen können. Sie wird auch verhindern, daß sich solche kollektivistischen Tendenzen verwirklichen lassen, die z. B. in Berlin zur Bildung einer Einheitsversicherungsanstalt geführt haben, die die SPD — wenn auch in abgemilderter Form, da ihr Mißerfolg auf der Hand liegt — Vorbild für die Westzonen sein lassen will. (St)

Suspendierter Sozialismus

Anscheinend hat die Sozialisierung für mehrere Jahre aufgehört, ein praktisches Problem zu sein. Daß das Kabinett Attlee siegreich aus den kommenden Wahlen hervorgeht, ist nach der Pfundkrise äußerst zweifelhaft; ohnehin trieb es nichts, was als Sozialisierung bezeichnet werden kann. Von seinen Verstaatlichungen wurde diejenige des Steinkohlenbergbaues ohne Widerstand angenommen, weil sie die notleidenden privaten Zechenbesitzer sanierte. In Westdeutschland ist durch die Bundestagswahl die Sozialisierung von der Tagesordnung abgesetzt.

Schwerlich werden die britische Arbeiterpartei und die SPD die Sozialisierung aus ihrem Programm streichen. Aber ihre praktische Politik wird andere Wege einschlagen. Es gibt Ziele, die unmittelbare Lebensnotwendigkeit der Arbeiterschaft sind, für die sie auch außerparlamentarisch kämpfen und die sie auch ihren Parteigegnern aufzwingen müssen. Diese Ziele lassen sich umschreiben mit dem Schlagwort der „demokratischen Wohlfahrtsplanung", d. h. einer Politik nach amerikanischem Vorbild, die von Großunternehmungen und Arbeiterbewegung gemeinsam getragen wird. Ein wesentlicher Zug dieser Politik ist die Steigerung der Produktivität, da nur dadurch auf die Dauer eine Reallohnerhöhung möglich ist. Das Kabinett Attlee - Bevin - Cripps scheitert, weil es diese entscheidende Bedingung vernachlässigte.

Es erscheint als eine mögliche Perspektive, daß eine konservative britische Regierung nach diesem amerikanischem Vorbild entscheidende sozialistische Ziele in nationalem Rahmen gegen die eigene britische Arbeiterpartei verwirklichen wird. Für britische Verhältnisse ist dies nicht einmal paradox. Dort sind mehrfach liberale Programme von konservativen Kabinetten verwirklicht worden — warum nicht auch einmal sozialistische? Der Charakter des Sozialismus ändert sich allerdings dabei, und vielleicht wird dann die Sozialisierung als unnötig und mithin utopisch über Bord geworfen. (tz.)

Englische Reflexionen zum Bundestag

Zwei Schwierigkeiten hemmen die Beurteilung der kommenden Bundestag - Politik durch britische Beobachter: der — nur zu verständliche — Blick in die Vergangenheit angesichts der Zahl der „Rechts" - Stimmen und die Unsicherheit, die jeder europäisch denkende Engländer dem Demontage-Problem gegenüber spürt. Die offizielle britische Erklärung, daß mit der auf Grund der Untersuchungen des Humphrey - Ausschusses zustande gekommenen alliierten Vereinbarung das letzte Wort über Demontage gesprochen sei, braucht nur als Ausdruck der Wünsche gewertet zu werden, das unerquickliche Thema nun endlich abzuschließen.

Vielleicht nähert sich wirklich das Ende des Themas — mit dem Ende der Demontage. Nur wird es Aufgabe von Bundestag und Regierung sein, nach den „Ausschreitungen" der Wahlkampf-Worte zu den rechten Proportionen des Demontage-Problems zurückzufinden. Demontage vermag zwar weitere Arbeitsplätze direkt und mehr noch indirekt zu vernichten, und deshalb muß ihre Beendigung eine deutsche,

nicht eine Parteien-Forderung bleiben. Anderseits vermag kein noch so vollständiger Demontage-Stop zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Hier muß eine konstruktive deutsche Wirtschaftspolitik einsetzen.

Die wachsende Arbeitslosigkeit dieses Jahres, das vermag man „draußen" vielleicht klarer zu erkennen, als inmitten der deutschen Schwierigkeiten, ist ja nicht auf das „Versagen" dieser oder auf die Ausschaltung jener Wirtschaftspolitik zurückzuführen, sondern auf die Notwendigkeit, für einen anhaltenden Zustrom von Flüchtlingen aus dem Osten Deutschlands eine ständig wachsende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Das kann aber nur durch Produktionsausweitung solcher Güter, die entweder in Deutschland oder als Exportgüter in der Welt wirklich verlangt werden, geschehen.

Eine Binsenwahrheit, gewiß. Und dennoch muß sie — und nicht eine noch so wohlmeinende Sozialfürsorge (die ja aus dem laufenden Sozialprodukt finanziert werden muß) oder eine ausschließlich vom privaten Gewinnstreben bestimmte Investitionspolitik das Leitmotiv für die Wirtschaftsgestaltung eines so armen Landes, wie Deutschland es ist, sein. Es zeigt sich in England ja deutlich, daß die von der Bevölkerung gewünschte Verstärkung der sozialen Sicherheit selbst für ein „Siegerland" nur aufzubringen ist, wenn ein intensiverer Einsatz, eine größere Leistung, erfolgt. Dieses Leistungsstreben ist für Westdeutschland mit seiner dezimierten Substanz, seiner gewachsenen Bevölkerung noch weit kategorischer. Das Votum für die Marktwirtschaft wird als ein Votum für die Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen zu bewerten sein; die starke sozialistische Minderheit sollte sich stets dann zu Wort melden, wenn hierbei „gesündigt" wird.

Daß diese „Selbsthilfe" (unter steter Anwendung des Rechenstifts) allen kleinlichen Konkurrenzbefürchtungen zum Trotz der beste Brückenschlag zum Ausland ist, darüber besteht „draußen" nur eine Meinung. Auslandshilfe, ob in Form von Geschenken oder in Form von Kredithergabe, ist entscheidend von dem Vertrauen in diese tätige Selbsthilfe abhängig. (g, London.)

Autoritärer Parlamentarismus

Die erste Frage nach einer abgeschlossenen Wahl ist immer, ob im Parlament eine arbeitsfähige Mehrheit zustande kommen wird und ob die zu bildende Regierung auf einer genügend breiten Basis steht. Selbst ohne den Abschluß der Verhandlungen der Fraktionsführer abzuwarten, kann man sagen, daß sich aus dem gegenwärtigen Bundestag ohne Schwierigkeiten eine solche arbeitsfähige Mehrheit bilden läßt. Daß keine Koalition der beiden stärksten Parteien zusammen kommt, ist bedauerlich, weil nur in diesem Falle alle Regierungshandlungen das nötige Korrektiv erhalten hätten, um wirklich als Willensäußerung des ganzen Volkes angesehen werden zu können. So wird jede Regierung von vornherein mit einer sehr starken Opposition zu rechnen haben. Und am stärksten wird sich diese Opposition in der Wirtschaftspolitik geltend machen, wie es überhaupt charakteristisch für unsere Zeit ist, daß die große Koalition an der Wirtschaftspolitik gescheitert ist.

In einem echten Parlamentarismus verpflichtet die Stärke der Opposition. Sie soll ein Mene für die Regierungspartei in allen strittigen Fragen sein. Leider ist diese Verpflichtung im deutschen Parlamentarismus nie ernst genommen worden. Es darf der Regierungspartei nicht darauf ankommen, ihr Parteiprogramm mit Hilfe einer glücklichen Mehrheitsbildung durchzusetzen. Es ist zwar ihr gutes Recht, die Tönung der einzuschlagenden Politik zu bestimmen, sie muß jedoch, besonders bei einer starken Opposition, die Tönung so wählen, daß alle Handlungen noch das Verständnis — wenn auch nicht die Zustimmung — der Opposition finden können. Eine solche Erinnerung scheint mir bei dem gegebenen Stimmenverhältnis dringend erforderlich. Wird dieser parlamentarische Grundsatz nicht beachtet, so wird sich aus jedem noch so formal eingehaltenen Parlamentarismus ein autoritäres Regime entwickeln.

Die Wählermassen der Parteien sind nichts Homogenes. Besonders in unserem Falle, wo sich zwei so große Parteien herausgebildet haben, schwört ein großer Teil der Wähler durchaus nicht auf das geschlossene Parteiprogramm der von ihnen gewählten Partei. Gerade in der Wirtschaftspolitik gibt es auf beiden Seiten vielfältige Nuancen. Was bei der Wahl die Entscheidung des einzelnen bestimmt haben mag, kann auf einem beliebigen Teilgebiet liegen. So z. B. kann für viele Wähler ihre Stellung zu Föderalismus oder Zentralismus, zur Schulreform, zum Finanzausgleich oder zur Behandlung der Ostfrage bestimmend gewesen sein, ob sie der CDU oder der SPD ihre Stimme gegeben haben, ohne sich damit grundsätzlich für freie Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, für Privateigentum oder Sozialisierung entschieden zu haben. Unser deutsches Parteiensystem neigt allzu leicht dazu, günstige Konjunktionen dazu auszunützen, unumstößliche Fakten zu schaffen gegen den ausgesprochenen Willen der Opposition und auch gegen den nicht ausgesprochenen Willen eines Teils der eigenen Wähler. Keine Partei, ganz gleich ob sie 30 oder 40, 50 oder 60 % der Stimmen auf sich vereint, ist berechtigt, ihr parteipolitisches Programm durch Regierungshandlungen den anderen aufzuzwingen. Für das Handeln einer Regierungspartei muß als Leitmotiv gelten, eine Politik zu führen, deren Linie im Großen auch dann fortgeführt werden kann, wenn die Mehrheitsverhältnisse sich ändern. Es müßte deshalb die selbstverständliche Pflicht jeder Regierungspartei sein, diejenigen Männer aus ihren eigenen Reihen herauszustellen, die der Opposition am nächsten stehen. Nur auf diese Weise kann vermieden werden, daß aus dem Parteisystem ein autoritärer Parlamentarismus entsteht. (sk.)